

Mehr Einnahmen für arme Länder

UN-Mitglieder wollen dafür sorgen, dass die Entwicklungsländer funktionierende Steuersysteme aufbauen

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

CHIANG MAI. 1000 Milliarden Dollar oder 900 Milliarden Euro – so viel verlieren die Entwicklungsländer jedes Jahr durch Korruption und Steuerhinterziehung. Auf einer UN-Konferenz in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba haben die Länder der Welt beschlossen, dies zu ändern.

Auf der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung ging es allerdings kaum um herkömmliche Entwicklungshilfegelder. In der Abschlusserklärung steht natürlich, dass die reichen Länder ihre Ausgaben für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigern sollen. Dieses Ziel ist alt, aber nur sehr wenige Länder erreichen es. Deutschland kommt derzeit auf 0,4 Prozent, die Schweiz auf 0,5 Prozent. Trotzdem haben die Ausgaben für Entwicklungshilfe 2013 ein neues Allzeithoch erreicht: Die reichen Länder investierten 123 Milliarden Euro in die Entwicklung der ärmeren.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba stand ein anderes Thema: Steuern. Die Entwicklungsländer verlieren jedes Jahr 1000 Milliarden Dollar durch Korruption, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Um dieses Geld für die Entwicklung nutzen zu können, haben die Länder ein Maßnahmenbündel verabschiedet. So sollen multinationale Firmen in Zukunft Land für Land ausweisen, welche Gewinne sie erzielt und wie viel Steuern sie bezahlt haben. Firmen und Stiftungen sollen offenlegen, wem sie gehören. Zudem wurde die Addis Abeba Tax Initiative gegründet, bei der Industriestaaten Entwicklungsländer beim Aufbau effektiver Steuerbehörden unterstützen.

Der deutsche Staatssekretär Friedrich Kitschelt sagte dazu: „Wer Steuersysteme fördert, stärkt damit zugleich die Demokratie, denn Erfahrungen zeigen, dass Steuerzahler mitbestimmen wollen, wie ihr Geld ausgegeben wird.“ Unterstützung erfuhr zudem die Initiative Steuerprüfer ohne Grenzen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD. Hier helfen (meist pensionierte) Steuerprüfer aus Industriesta-



Mehr Steuergeld für die Entwicklung wollen die UN-Mitglieder. FOTO: DPA

INFO

ENTWICKLUNGSZIELE

Im Jahr 2000 haben die Vereinten Nationen passend zum Datum die Millenniums-Entwicklungsziele beschlossen. Das waren acht konkrete Entwicklungsziele, die bis 2015 erreicht werden sollten. Unter anderem sollte die Zahl der Hungernden in der Welt halbiert werden. Dieses Ziel wird erreicht, bei den anderen

sieben Zielen sind die Ergebnisse gemischt.

Auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September in New York sollen nun als Nachfolgeprojekt nachhaltige Entwicklungsziele beschlossen werden. Dabei spielen Ernährungssicherheit, Bildung, Gesundheit und Klimawandel eine wichtige Rolle. *weg*

ten ihren Kollegen in Entwicklungsländern. Pilotprojekte zeigen, dass damit oft erstaunliche Verbesserungen des Steueraufkommens erzielt werden können: So hat ein Projekt in Kolumbien zu zehnmal höheren Steuereinnahmen innerhalb von drei Jahren geführt.

Am heftigsten umstritten war die Frage, wie die globale Kooperation in Steuerfragen organisiert werden soll. Viele Entwicklungsländer forderten die Gründung einer neuen UN-Agentur. Die Industriestaaten dagegen, hielten die bestehende UN-Expertenkommission für ausreichend. Dort ist die OECD federführend bei der internationalen Kooperation in Steuerfragen. Die OECD gilt aber als der Club der reichen Länder.

Die Industriestaaten konnten sich schließlich durchsetzen. Pooja Rangaprasad von der Financial Transparency Coalition, einem Netzwerk aus Entwicklungsorganisationen und Regierungen, sagte dazu: „Die Entwicklungsländer haben hart für die UN-Agentur gekämpft, aber das heutige Abkommen ändert nichts an dem System der Bevormundung, wo eine Gruppe von 34 Ländern die ganze Macht hat. Die reichen Länder haben beschlossen, an einem System festzuhalten, wo Geld von Süden nach Norden fließt und die Regeln in die andere Richtung.“

Das Abkommen über Entwicklungsfinanzierung, der sogenannte Addis-Abeba-Plan, soll die finanzielle Grundlage für die nachhaltigen Entwicklungsziele schaffen, die im September von der UNO verabschiedet werden sollen. Dieser Zielkatalog löst die Millennium-Entwicklungsziele ab, die unter anderem zu einer Halbierung der extremen Armut in der Welt beigetragen haben. Aus Sicht von UN-Chef Ban Ki-Moon ist dies gelungen: „Dieses Abkommen ist ein kritischer Schritt vorwärts, um eine nachhaltige Zukunft für alle zu bauen. Es bietet einen globalen Rahmen für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung.“

Bei Entwicklungsorganisationen stieß die Einigung auf Kritik. Die Konferenz habe die Chance versäumt, die strukturellen Ungerechtigkeiten im internationalen Wirtschaftssystem anzupacken, bemängelte das Bündnis CSO, zu dem sich mehrere Hundert internationale Organisationen zusammengeschlossen haben.

Bettensteuer ist rechtens

Niederlage für Hoteliers

MÜNCHEN/BREMEN (dpa). Klagen gegen die umstrittene Bettensteuer in Bremen und Hamburg sind nach Angaben des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga) vom Bundesfinanzhof zurückgewiesen worden. „Die Entscheidungen sind für uns nur schwer nachvollziehbar. Die einseitige und willkürliche Belastung einer Branche kann nicht die Lösung sein, um Finanzlöcher jenseits touristischer Aufgaben zu stopfen“, erklärte der Verband am Donnerstag. Die Sonderabgabe für Touristen wird bundesweit in vielen Städten erhoben.

Drei Hotels in Bremerhaven und Hamburg hatten gegen die Bettensteuer geklagt und waren nach einer Niederlage vor den Finanzgerichten in die Revision gegangen. Der Dehoga und der Hotelverband Deutschland (IHA) haben die Verfahren unterstützt. Der Oberste Gerichtshof des Bundes für Steuern teilte seine Entscheidung lediglich den Verfahrensteilnehmern mit, wie ein Sprecher bestätigte. Die Urteilsbegründung will der Bundesfinanzhof frühestens im September bekannt geben.

KURZ GEMELDET

Mühsamer Start

Die Kernbank der notverstaatlichten Hypo Real Estate (HRE) hat sich zum Börsendebüt trotz Schönheitsfehlern wacker geschlagen: Nachdem der Ausgabepreis lediglich am unteren Ende der Zeichnungsspanne gelegen hatte, konnten die Papiere der Deutschen Pfandbriefbank am Donnerstag deutlich zulegen. Sie gingen bei 11,45 Euro aus dem Handel, 6,5 Prozent über dem Ausgabepreis von 10,75 Euro. Der bisher größte Börsengang des Jahres spült dem Bund als Eigentümer der HRE eine Milliarde Euro in die Kasse. *dpa*

Weniger Biofläche

Erstmals seit Einführung der Statistik ist die Fläche für den Ökolandbau in Deutschland im vergangenen Jahr geschrumpft. Am Mittwoch veröffentlichte Zahlen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zeigen, dass die Hektarzahl der ökologisch bewirtschafteten Fläche von 1,055 Millionen Ende 2013 auf 1,048 Millionen leicht zurückging. *AFP*

Mehr Geld für Bäcker

Baden-Württembergs Bäcker bekommen etwas mehr Geld. Laut Tarifabschluss steigen ihre Löhne und Gehälter in diesem August um 2,5 Prozent, im August nächsten Jahres ist eine weitere Erhöhung um 2,2 Prozent vorgesehen. Das teilte die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten am Donnerstag mit. Die Erhöhung gilt für Bäcker und für Verkäufer in Bäckereien. *dpa*

Bankgeheimnis ade

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat das Bankgeheimnis bei Internetstraftaten gelockert. Werden auf Internetplattformen gefälschte Waren verkauft, können geschädigte Rechteinhaber von der Bank Auskunft über den Konteninhaber verlangen, heißt es in einem am Donnerstag in Luxemburg verkündeten Urteil (Az. C-580/139). *AFP*

Mehr Erwerbstätige

Die Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg ist seit dem Jahr 2000 um mehr als acht Prozent auf fast sechs Millionen gestiegen. Das hat das Statistische Landesamt ermittelt. Am stärksten war der Zuwachs im Bodenseekreis. An zweiter Stelle steht Freiburg mit fast 18 Prozent Zuwachs. Schlusslicht ist der Landkreis Sigmaringen mit 3,6 Prozent minus. *weg*

Staat muss Ackerland nicht zu Höchstpreis verkaufen

Der Europäische Gerichtshof gibt einem Landkreis in Brandenburg recht / Große Flächen wecken Interesse von Investoren

BERLIN/LUXEMBURG. Der deutsche Staat muss seine Agrarflächen nicht zu spekulativ überhöhten Preisen verkaufen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) bestätigte am Donnerstag, dass Behörden in solchen Fällen Verkäufe untersagen können. Ob das Urteil die Preissteigerungen speziell auf dem ostdeutschen Bodenmarkt bremst, ist jedoch offen. Dort haben sich die Bodenpreise seit 2007 verdreifacht. Die wichtigsten Akteure auf dem lukrativen Markt:

Die LPG-Nachfolger

Sie halten das Gros der Agrarflächen im Osten – was an den Zahlungen der EU ablesbar ist, die an die Fläche gekoppelt sind. Von den 30 deutschen Agrarbetrieben, die 2014 jeweils mehr als 1,5 Millionen Euro bekamen, sind 28 Genossenschaften im Osten. Kritik an dieser EU-Subventionspraxis gibt es seit Langem. Die Bundesregierung hat aber alle Versuche abgeblockt, das zu ändern.

Die früheren Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sind besonders interessant für Investoren. Denn viele, die zu Wendezeiten die Betriebe übernommen haben – zum Teil die damaligen LPG-Leiter – gehen allmählich in Rente und verkaufen ihre Anteile. „Außerlandwirtschaftliche Investoren haben jetzt keine Mühe mehr, arrandierte Betriebe zu schaffen“, erklärt Eckehard Niemann, Co-Autor des Kritischen Agrarberichts. „Sie nutzen, was

die DDR und die Regierung Kohl geschaffen haben.“

Die Großunternehmer

Wo Flächen frei werden, fassen immer mehr finanzstarke Investoren aus dem Westen Fuß. Die Grünen sehen eine schleichende Übernahme. Zu den größten Bodenbesitzern zählt die KTG Agrar mit 45 000 Hektar Land, vor allem in Ostdeutschland, zudem in Litauen und Rumänien. Man habe zu richtigen Zeit investiert, betont der Vorstandschef und Gründer, der aus Bayern stammende Landwirt Siegfried Hofreiter. „Für KTG bedeutet die Bodenpreissteigerung, dass hohe stille Reserven gebildet wurden“, bemerkt die börsennotierte Gesellschaft im Geschäftsbericht.

Die Kapitalanleger

Andere Unternehmer zielen neben guten Ernten ausdrücklich auf die Wertsteigerung der Ost-Äcker, etwa die Agro Energy AG, hinter der Hamburger Investoren und der Sauerländer Agrarunternehmer Matthias Graf von Westphalen stehen. In einem ersten, vor vier Jahren verkauften Investment mit 4200 Hektar holten sie für die Anleger nach eigenen Angaben eine jährliche Rendite von 13,5 Prozent. Nun werde über den Kauf von 20 000 Hektar in Ostdeutschland verhandelt. Andere große Namen auf dem Ost-Bodenmarkt sind die niedersächsischen Unternehmensgruppen Lindhorst



Attraktive Fläche FOTO: DPA

und Steinhoff sowie die münsterländische Rethmann-Gruppe.

Energiekonzerne

Noch recht neu ist, dass Energiekonzerne nach Boden greifen, um schnell wachsende Bäume wie Pappeln und Weiden zu pflanzen, die sie in Kraftwerken ver-

heizen. So bewirtschaftet der schwedische Staatskonzern Vattenfall Plantagen auf 1800 Hektar. Das Land Brandenburg erwartet, dass die Fläche dieser Kurzumtriebsplantagen im Land bis 2020 auf 10 000 Hektar wächst.

Der Bund

Als Behörde des Bundes verkauft die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG), eine Nachfolgerin der Treuhand, einst staatliche Flächen zu Höchstgeboten. In ihrem Bestand sind noch rund 177 000 Hektar Acker- und Weideland sowie 16 000 Hektar Wald. Bauernvertreter kritisieren immer wieder die Preispolitik der bundeseigenen BVVG. Vorwiegend Großbetriebe und westliche Agrarindustrielle kämen zum Zug. Die BVVG betont hingegen, dass der Großteil der Verkäufe an ortsansässige Bauern geht.

Kommt es zur Ausschreibung, erhält der Meistbietende den Zuschlag – wenn nicht die Behörden dazwischenfunken, weil Preise weit über Marktwert geboten werden. Das hat der Landkreis Jerichower Land gemacht und dafür nun vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) grundsätzlich recht bekommen. Ob das die Preissteigerungen stoppt, ist ungewiss. Denn für große Investoren seien die Ausschreibungen mit durchschnittlich wenigen Hektar uninteressant, betont die BVVG. Ganze Betriebe seien für sie reizvoller. *Burkhard Fraune (dpa)*